

19/SN-270/ME von 4

Hebammen-Gremium
Land Oberösterreich

4020 Linz, am 1. April 1993
Lederergasse 45
Tel. ~~7407X~~ 0732/774079

An das
Präsidium des Nationalrates
Parlament - Wien
Dr. Karl-Rennerring 3
1010 W i e n

betrifft GESETZENTWURF	
Zl. 15	-GE/19 13
Datum: 2. APR. 1993	
Verteilt 2. APR. 1993	

Dr. J. J. J.

Stellungnahme zum Entwurf eines Bundesgesetzes über den Hebammen-
beruf (Hebammengesetz - HebG)

Sehr geehrte Damen und Herren!

Das Hebammengremium für Oberösterreich überreicht in der Anlage die Stellungnahme zum Entwurf eines Bundesgesetzes über den Hebammenberuf (HebG) nach Aufforderung des Bundesministeriums für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz, in 25facher Ausfertigung.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Für das Hebammengremium O.Ö.:

Theresia Kolb
Theresia Kolb
Gremialleiterin

Hebammen-Gremium
Land Oberösterreich

4020 Linz, am 1. April 1993
Lederergasse 45
Tel. ~~71077~~ 0732/774079

BUNDESMINISTERIUM
für Gesundheit,
Sport und Konsumentenschutz
Radetzkystraße 2
1031 W i e n

Stellungnahme zum Entwurf eines Bundesgesetzes über den Hebammen-
beruf (Hebammengesetz - HebG)

Das Hebammengremium für Oberösterreich erlaubt sich, zum vor-
liegenden Entwurf eines Bundesgesetzes über den Hebammenberuf wie
folgt Stellung zu nehmen:

Das Hebammengremium für Oberösterreich befürwortet die Anhebung
des Ausbildungsniveaus für Hebammen durch die Verlängerung der
Ausbildung auf drei Jahre und die Schaffung strengerer Zugangs-
voraussetzungen, wie den Nachweis der Matura, eines Krankenpflege-
diplomes oder einer Studienberechtigungsprüfung für Medizin.
Wichtig ist, daß Bewerberinnen, die für den Hebammenberuf ge-
eignet sind und kein Reifezeugnis einer allgemeinbildenden oder
berufsbildenden höheren Schule vorweisen können, der Zugang
zur Hebammenausbildung, mit dem Nachweis einer erfolgreich ab-
gelegten Studienberechtigungsprüfung für Medizin, ermöglicht
wird.

Zum 1. Abschnitt - Allgemeines

§ 1 (1) - Berufsbild der Hebamme:

Die Hebamme muß auch in Zukunft für die Beratung der Schwangeren,
für die Beistandsleistung bei der Geburt, die Pflege der Wöch-
nerin, des Neugeborenen und des Säuglings, für die Mitarbeit bei
der Mutterschafts- und Säuglingsfürsorge und für die Stillberatung
zuständig bleiben.

(2)

Zu § 2 (2) - Hebammenbeistand:

Die Hebamme muß anerkannte Mitarbeiterin des Arztes sein und darf nicht zur Hilfskraft degradiert werden.

Nur durch die enge Zusammenarbeit von Ärzten und Hebammen kann eine gute Geburtshilfe zur Zufriedenheit aller Beteiligten und zum Wohle der Gebärenden und der Kinder geleistet werden.

Der Kompetenzbereich der Hebamme muß gewahrt bleiben.

Sie soll auch in Zukunft für die Beistandsleistung bei der Geburt, für die Überwachung der Gebärenden während der Eröffnungsphase, für die Kontrolle der kindlichen Herztöne, für die Entwicklung des Kindes und den Schutz des Dammes bei allen regelrechten Geburten zuständig sein.

Bei den geringsten Regelwidrigkeiten ist es die Pflicht der Hebamme unverzüglich einen Arzt beizuziehen.

Geburtsvorbereitung und Schwangerengymnastik muß wie bisher in den Händen des Personenkreises wie Ärzte, Hebammen und Physiotherapeuten bleiben. Dieser Berufsgruppe soll es vorbehalten sein, wenn notwendig, Psychologen, Sozialarbeiter, in die Kurse einzubeziehen.

Grundsätzlich sollten Ärzte und Hebammen die Schwangeren auf die Geburt vorbereiten, weil sie fachlich kompetent sind und die Frau auch während der Geburt begleiten und führen.

Zu § 3 (3) Berufsbezeichnung:

Die Berufsbezeichnung Hebamme für männliche Absolventen der Hebammenakademie ist nicht sinnvoll. (Hebamme = weiblich - Amme = stillen)

Zu § 12 (1) Berufsausübung:

Anstaltshebammen sollte es wie bisher möglich sein, freiberufliche Tätigkeiten wie Geburtsvorbereitung, Schwangerengymnastik, die Pflege der Wöchnerin und des Neugeborenen und Säuglings, ausüben zu können.

Freiberuflich tätigen Hebammen müßte es ermöglicht werden, mit Gebärenden auch in geburtshilflichen Abteilungen Zutritt zu bekommen und diese Frauen auch dort zu entbinden.

(3)

Zu § 15 (2) - Zurücknahme der Berufsberechtigung:

Sollten Hebammen aus triftigen Gründen (Krankheit, Kindererziehung), der Verpflichtung zur Fortbildung nicht nachkommen können, müssen Sonderregelungen getroffen werden, um ihr in solchen Fällen nicht die Berufsberechtigung zu entziehen.

Zum 4. Abschnitt - Fort- und Sonderausbildung**§ 29 (5):**

Die Erstattung der Kosten für den Verdienstentgang während der gesetzlich vorgeschriebenen Fortbildungskurse muß auch für freiberuflich tätige Hebammen sichergestellt sein.

Zu Erläuterungen - Allgemeiner Teil 1 - Pkt.11 - Abschaffung der Hebammengremien:

Das Hebammengremium für Oberösterreich spricht sich einstimmig gegen die Abschaffung der gesetzlich verankerten Standesvertretung (Hebammengremien) aus.

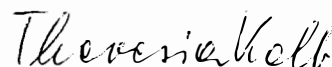
Es ist für unsere Berufsgruppe von enormer Wichtigkeit, in einer Zeit der Erneuerungen, der Gesetzesüberarbeitung, der Herausgabe von Verordnungen durch den Bundesminister, der Ausarbeitung noch vieler offener Fragen und auch nach Abschluß der Gesetzgebung, ein Mitspacherecht in allen Belangen, die den Hebammenstand betreffen, gesetzlich verankert zu haben.

Für das Hebammengremium Oberösterreich:



Maria Hurnaus

Gremialleiterin-Stv.



Theresia Kolb

Gremialleiterin